

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

19.11.1923 (No. 269)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. e. n. d.,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert wöchentlich 70 Goldpfennig. — Einzelnummer 70 Milliarden Mark. — Anzeigengebühr: 120 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. — Schlußfrist heute 900 000 000. Briefe u. Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. — Kündigungen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, wenn die Zeitung nicht rechtzeitig und konform dem Inhalt der Abrechnung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, in der Hand der Redaktion vorliegt, wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Das Allgemeinbild der Arbeitsmarktlage zeigt in der Weitsicht eine weitgehende Verschlechterung. In der metallverarbeitenden Industrie stellen die ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse im allgemeinen an. Lediglich die Florheimer Schmuckwarenindustrie zeigt eine auf die Fertigstellung von Weihnachtsaufträgen für das Ausland zurückzuführende Belebung; die Kurzarbeiterziffer sank hier von 27 500 Personen (in 405 Betrieben) auf 20 572 (in 304 Betrieben). Die Textilindustrie ist weiter schlecht beschäftigt. Die Folgen zeigen sich in Betriebskürzungen und Entlassungen, weitere Stilllegungen sind angekündigt. Im Rangverbe des Oberrheinischen Bezirkes wurden erhebliche Teile an Arbeitskräften entlassen. Bei den weiblichen Hausanstellten besteht nur noch wenig Nachfrage; Angebot und Nachfrage gleichen sich vielerorts bereits aus.

Arbeitsministerium und Bodenkultur

Von Otonomierat Viehauer in Konstanz.

Das markanteste Kennzeichen der badischen Agrarpolitik im allgemeinen und der badischen Landwirtschaftspolitik im besonderen ist die ungeheure Zersplitterung der Kräfte und zwar nicht nur in den freien Vereinigungen und Organisationen, sondern auch bei der offiziellen Landwirtschaftsförderung. Nicht weniger als drei große, freie Organisationen mit drei eigenen Präsidien bemühen sich um das Wohl der badischen Landwirtschaft — ohne daß man das Sprichwort auf sie anwenden könnte: „getrennt marschieren und vereint schlagen!“ — denn das einheitliche Ziel fehlt. Ja — wenn eine derselben die agrar-technischen, die andere die agrar-wirtschaftlichen und die dritte die agrar-politischen Fragen bearbeitet würde, dann könnte man diese Vereinstellung loben; „so“ aber nicht!

Die Lösung dieser Frage mag im freien Volkstaat der freie Bauernstand selber in die Hand nehmen — meine Wirkung sieht auf Wunsch gerne zur Verfügung. Innerhalb der Gesamtregierung emittieren Teile der Landwirtschaftspolitik auf drei Ministerien. Allenfalls bekannt ist der Anteil des Ministeriums des Innern (unseres eigentlichen Landwirtschaftsministeriums), dessen Eingreifen zum Wohle der Landwirtschaft durch die Tätigkeit der Oberamtswärter, Landwirtschaftsleiter, Bezirksleiter etc. etc. besonders deutlich in Erscheinung tritt. Aber den Anteil des Ministeriums des Innern an der staatlichen Landwirtschaftspolitik wird ja auch in den bekannten Agrar-berichten des Landtags ausführlich behandelt.

Das Arbeitsministerium soll die Voraussetzungen schaffen für eine bestmögliche Ausnutzung des Grund und Bodens. Im besonderen umfaßt diese Aufgabe 3 Gebiete: 1. Die dauernden Verbesserungen des vorhandenen und die Schaffung neuen Kulturbodens; 2. die Grundbesitzverteilung und dessen Befriedung; 3. die Feldbereinigung und die Grundstückteilung. Es liegt im Wesen und in der Eigenart dieser drei Aufgabengebiete, daß sie oft in einander überkreuzen und darum ist es gut, daß wenigstens sie bei einer Stelle vereinigt sind, so daß sie wenigstens in diesen Fragen der Bodenpolitik eine gewisse Einheitlichkeit möglich wäre.

Bodenverbesserungen, die nach einmaliger Durchführung viele Jahre vorhalten sollen, nennt man auch „Meliorationen“ zum Unterschied von den alljährlich zu wiederholenden (Ackerbau-)Maßnahmen wie Pflügen, Hacken, Düngen usw. Welt-

aus die wichtigste Maßnahme zur Verbesserung des vorhandenen Kulturbodens ist die Entwässerung der Wiesen mit offenen und der Acker mit gedeckten Gräben (Drainage). Insbesondere uns Ackerbauern aus dem Gebiete der schweren Böden ist es wohl bekannt, wie nachteilig es wirkt, wenn z. B. das Feld im Frühjahr zu langsam und zu spät abtrocknet: erschwerte Bestellung, verkürzte Wachstumszeit, vermehrter Unkrautwuchs, ungenügend Durchlüftung und Durchwärmung des Bodens usw. mit all ihren üblen Folgen und als Resultat „ungenügende und unsichere Erträge“. Von den sehr ausgedehnten Flächen entwässerungsbedürftigen Landes sind in Baden nur ganz verschwindende Bruchteile systematisch drainiert. Eine glückliche Lösung der „Wasserfrage“ ist zweifellos die wichtigste, aber auch die schwierigste Aufgabe der intensiven Ackerkultur, denn von ihr hängen Höhe und Sicherheit der Erträge in hervorragendem Maße ab. Wer sich von den geradezu glänzenden Erfolgen systematischer Ackerdrainage überzeugen will, besuche einmal im Vorfrühling das auch aus anderen agrarischen Gründen hochinteressante Hofgut Hines bei Mosbach. Dies ist eines der in Baden leider so seltenen Beispiele für ungeheure Erfolge solcher kultur-technischen Maßnahmen. Daß es dort gelang, das aus der Entwässerung der Acker stammende Wasser zur Bewässerung der Wiesen zu benutzen, ist ein Beweis, was zu erreichen ist, wenn auch unsere Freunde, die Kulturtechniker, mit ihrem Wissen und Können auf der Höhe sind.

Wenn man von der „Schaffung neuen Kulturbodens“ spricht, denken die meisten Leute an die Moor- und Heidegebiete Norddeutschlands, einige vielleicht an diejenigen Bayerns; aber auch bei uns im Baden gibt es sehr große Flächen z. B. von sogenannten „Wiesen“, die eigentlich als Sümpfe zu bezeichnen und zum Obland oder Umland zu zählen sind. Weiter fällt auch in diesem Punkte ein Vergleich mit Norddeutschland zu unserem Nachteil aus, da wir in der Oblandkultur (Arbeitsmarktlage) bis jetzt sehr wenig geleistet haben. — Ja wir haben bis zur Stunde noch nicht einmal eine statische Aufnahme des kulturbaren Oblandes in Baden — ein großer Mangel, auf den auch ich schon oft hingewiesen habe.

Im ganzen Rheintal und in vielen feiner Seitentälern, auch im Oberen Donautal usw. liegen tausende von Hektaren „Umland“, aus denen hochertragreiche Acker oder Wiesen gemacht werden könnten. Es ist sehr bedauerlich, daß in dieser Beziehung vor dem Kriege nichts geschah — eine Tatsache, die vielleicht damit zu erklären, aber nicht zu entschuldigen ist, daß damals vielerlei landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Brotgetreide und Ölrüchte, Fleisch und Fett, Butter und Käse, Wolle und Baumwolle usw. billiger vom Auslande zuzukaufen, als im Lande zu erzeugen waren. Geradezu ein Frevel aber war es, daß in dieser Beziehung während des Krieges auch nichts geschah, obwohl wir in dieser langen Zeit hunderttausende Kriegsgesangene im Lande und zu versorgen hatten. Heute aber, wo die Not an Lebensmitteln immer größer, deren Beschaffungsmöglichkeit aus dem Auslande immer schlechter und die nützliche Beschäftigung Hunderttausender Arbeitswilliger immer schwieriger wird, spricht nichts mehr gegen die sofortige Inangriffnahme und Durchführung vieler Projekte wie Waldbau, Weidewirtschaft usw., sondern alle Argumente sprechen dafür. Hier böte sich eine der heute so seltenen Möglichkeiten, Papiermarkt in Goldmark zu verwandeln zum Nutzen aller, nicht zuletzt des Staates selbst. Um welche Möglichkeiten der Produktionssteigerung es sich hierbei handelt, soll an drei bestimmten Beispielen in den nächsten Nummern der „Karlsruher Zeitung“ erörtert werden.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in der Reichsanwalt Dr. Stresemann ein Referat über die politische Lage abhielt. Er erklärte, es handle sich darum, ob seine Politik der letzten 3 Monate in seiner eigenen Partei Zustimmung oder Ablehnung finde. Er ging zunächst auf den Abbruch des passiven Widerstandes ein, schäuferte das Verhältnis zu Frankreich und die Beziehungen unter den Entente-Staaten. Die Bedeutung der letzten Entwicklung liege darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleite. Zur Ruhrfrage erklärte der Kanzler, Deutschland könne Wein und Ruhr nicht mehr finanzieren. Wir stehen jetzt unter einer inländischen Finanzkontrolle, nämlich der Rentenbank. Mit den Krediten, die sie gewährt, muß das Reich unbedingt auskommen. Für 10 bis 14 Tage braucht das besetzte Gebiet un-

gefähr 100 Millionen Goldmark. Bei den gescheiterten Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen, die im Einverständnis mit der deutschen Regierung geführt wurden, wollte Frankreich Deutschland dazu zwingen, den Einbruch in das Ruhrgebiet als legal anzuerkennen. In der Währungsfrage habe die Reichsregierung so rasch gehandelt, als es möglich war. Der Reichskanzler kam dann auf Vorgänge in Sachsen, Thüringen und Bayern zu sprechen. In Bayern sei ein Zusammenbruch von Persönlichkeiten und Charakteren erfolgt, wie ihn wohl niemand für möglich gehalten habe, dort wo angeblich die „Tatenmenschen“ waren. Wie soll man sich die Politik denken, wenn sie von solchen „Tatenmenschen“ gemacht wird? Was im übrigen gegen die Persönlichkeiten des 9. November zu tun ist, das muß Sache des Reichsanwalts sein. Unter allen Umständen Pflicht und Schuldigkeit der Landwirtschaft sei es, für die Ernährung des deutschen Volkes zu sorgen. Schließlich produzieren doch nicht nur diejenigen, die sich Produzenten nennen. Auch die geistigen Arbeiter, die am Wiederaufbau des Vaterlandes arbeiten, sind Produzenten. (Stürmische Zustimmung.) Deshalb warne ich vor dem Wege, den diejenigen gehen wollen, die sich lediglich auf die wirtschaftlichen Kraftquellen stützen. Wenn man die Regierung nur noch in Wirtschaftsoberbänden befragen und die Parteien ausschalten will, so liegt darin die Auflösung des Idealismus im politischen Leben, so ist die Folge die, daß man alles Geistige beiseite schiebt und nur noch das Materielle zur Geltung kommen läßt. Und das wäre das Ende, denn nicht vom Materielle, sondern vom Geistigen muß der Wiederaufstieg kommen. (Stürmischer Beifall.) Ein Kabinett, das nicht auf eine parlamentarische Mehrheit gestützt ist, ist von vorn herein durch keine Kombination zu erzielen.

Das gegenwärtige Kabinett hat diese Mehrheit gewiß auch nicht. Es muß sich die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht findet, so wird die Frage akut werden, soll nun der Reichstag aufgelöst werden oder soll das Direktorium kommen, das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt? Vor diesem zweiten Weg warne ich, warne ich nicht aus persönlichen Gründen, da ich persönlich den Augenblick begrüßen würde, der mich von der Amtswürde befreit. Wenn ich aber im Amt bleiben und die bisherige Politik weiter vertreten soll, dann kann ich es nur, wenn in der eigenen Fraktion mir keine Schwierigkeiten gemacht werden. (Stürmischer, immer wieder einsehender Beifall.)

Die Mehrheit von der jeglichen verfassungsmäßigen Regierungspolitik ist nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch verhängnisvoll. Käme die Diktatur, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwächst, nicht mehr tragen können. Die Fortführung der Militärkontrolle haben wir ablehnen müssen. Auch eine Forderung auf Auslieferung des Kronprinzen würden wir ablehnen. Wir stehen in Verhandlungen über ausländische Kredite. Diese Verhandlungen können nur zum Erfolg führen, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freihält. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war. Die Verminderung des Beamtenapparats, die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle, die Führung von Kreditverhandlungen und alles was der Regierung täglich vor Augen liegt, wird Ihnen zeigen, daß das Kabinett es an Arbeit, Aktivität und Verantwortungsbeurteilung nicht hat fehlen lassen. Sie können aber von dem Führer Ihrer Partei nicht verlangen, daß er das Opfer bringt, diesen Weg zu gehen, wenn er seine eigene Partei nicht hinter sich hat. (Stürmischer Beifall.)

Die Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen und bereiteten dem Kanzler eine stürmische Ovation. Nach kurzer Debatte wurde mit 206 gegen 11 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der der Zentralvorstand dem Parteiführer Dr. Stresemann das vollste Vertrauen ausspricht. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Änderung der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustandzubringen, sieht er in der Zusammenfassung der zurzeit das Kabinett stützenden Parteien unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit. Der Zentralvorstand nimmt von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen.

Ein Rechenschaftsbericht Stresemanns

Ein Vertrauensvotum des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in der Reichsanwalt Dr. Stresemann ein Referat über die politische Lage abhielt. Er erklärte, es handle sich darum, ob seine Politik der letzten 3 Monate in seiner eigenen Partei Zustimmung oder Ablehnung finde. Er ging zunächst auf den Abbruch des passiven Widerstandes ein, schäuferte das Verhältnis zu Frankreich und die Beziehungen unter den Entente-Staaten. Die Bedeutung der letzten Entwicklung liege darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleite. Zur Ruhrfrage erklärte der Kanzler, Deutschland könne Wein und Ruhr nicht mehr finanzieren. Wir stehen jetzt unter einer inländischen Finanzkontrolle, nämlich der Rentenbank. Mit den Krediten, die sie gewährt, muß das Reich unbedingt auskommen. Für 10 bis 14 Tage braucht das besetzte Gebiet un-

Poincaré droht

Zwei neue Reden

Bei einem Essen des Komitees für Handel und Industrie in Paris erklärte Poincaré am Samstagabend: Die Zeit der Konzeptionen sei endgültig vorbei. Der Friedensvertrag werde erfüllt, sei es gutwillig oder mit Gewalt. Deutschland die Zeit und die Mittel zu lassen, einen neuen Angriff vorzubereiten, wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit. Die französische Regierung werde es nicht begehen. In einer zweiten Rede in Neuilly am Sonntag sagte er: Seit langem setzt sich Deutschland über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinweg. Es hat die Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission paralysiert, um im Geheimen seine Rüstungen wieder aufzunehmen und seine militärischen Formationen aufzustellen. Zu gleicher Zeit aber hat es dem Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland erlaubt, obwohl dieser an der Spitze der Riste der Kriegsschuldigen steht. Bei allem diesem handelt es sich um freche Herausforderungen an die Adresse der Alliierten und unversämte Verletzungen

Mit einer Beilage: 2. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

des Friedensvertrages, um Akzentale gegen den Frieden selbst. Sanktionen sind unerlässlich, wir werden sie nehmen, wenn wir nicht volle Genugtuung erhalten. Wir sind außerdem entschlossen, die auf Grund des Friedensvertrages besetzten Gebiete nicht eher zu räumen, bis alle Klauseln des Versailler Vertrages restlos erfüllt sind und wir gegen jede neue Angriffsmöglichkeit von deutscher Seite unbedingt gesichert sind.

Die Vorkonferenz

Wurde am Samstag auf englischen Antrag abermals vertagt und soll nun am heutigen Montag zusammentreten. Zwischen der englischen und französischen Regierung fand inzwischen ein direkter Meinungsaustausch statt. Nach der Pariser Presse wird in der Frage des Extronprinzins gehofft, daß die Alliierten sich auf einen scharfen Protest in Berlin beschränken, jedoch ohne Ausweisung zu verlangen und demgemäß auch ohne Drohungen. In der Frage der Militärkontrolle habe sich Frankreich prinzipiell bereit erklärt, der augenblicklichen Lage in Deutschland in der Weise Rechnung zu tragen, daß die Kontrollkommissionen ihre Tätigkeit einweisen nur in Gegenben ausüben sollen, in denen die deutsche Regierung über genügend Autorität verfüge, um für die Sicherheit der alliierten Offiziere einstehen zu können. Es solle jedoch ausschließlich General Koller als Vorsitzender der Interalliierten Kommission die Entscheidung darüber vorbehalten bleiben, wo die Kontrolle ausgeübt werden könne und in welchem Teile des Reiches sie vorübergehend ausgeübt werden soll. Weiterhin beziehe die französische Regierung darauf, daß die Mitteilung dieser Forderung an die deutsche Regierung von der Androhung gemeinsamer Sanktionen begleitet sei für den Fall, daß Deutschland seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkomme.

Politische Neuigkeiten

Schwere Beschuldigungen gegen Zeigner

Der frühere sächsische Ministerpräsident Zeigner hat sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt und ist nach der Schweiz gefahren.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden, daß die Staatsanwaltschaft Leipzig gegen Dr. Zeigner ein Verfahren wegen Verletzung des § 332 des Strafgesetzbuches eingeleitet habe. Zeigner soll seine Stellung als Justizminister seinerzeit dazu mißbraucht haben, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Deckmantel der Vergnügung diese Strafen zu erlassen und zwar gegen Bar und viele Geschenke. Zeigner habe die Geschenke z. T. in seiner Wohnung, z. T. im Kaffeehaus, ja auf der Straße in Leipzig, entgegengenommen. Insbesondere habe er seine amtlichen Reisen zur Erledigung dieser Geschäfte benutzt. Wie dazu ergänzend aus Dresden gemeldet wird, haben sowohl der Justizminister wie die Sozialdemokratische Partei es abgelehnt, in das Verfahren gegen Zeigner einzugreifen.

Verurteilte württembergische Nationalsozialisten

Im Laufe des Sommers war gegen eine Anzahl nationalsozialistischer Führer württembergischer Herkunft wegen Vergehens gegen das Verbot der Bildung von Horden Anklage erhoben worden. Dieser Tage fand diese Affäre in Stuttgart ihre gerichtliche Erledigung. Es wurden verurteilt: Hauptmann a. D. Betriebsleiter Steyer aus Augsburg zu vier Monaten Gefängnis (Antrag des Staatsanwalts 6 Monate), Eugen Kaufner zu vier Monaten 15 Tagen (8 Monate) und außerdem wegen grober Ungebühr vor Gericht zu drei Tagen Gefängnis. (Er hatte erklärt, er lehne es ab, sich einer Behörde gegenüber zu äußern, deren Mitglieder „Dandlanger der Entente“ seien), Geschäftsführer der Nationalsozialisten und früherer Bismarck-Offizier Dr. Wodo Kallenbach zu zwei Monaten Gefängnis (drei). Weitere Strafen lauten u. a. auf ein Monat 15 Tage gegen den Lokalbesitzer Beder, ein Monat bzw. vier Wochen Gefängnis gegen einige andere Angeklagte. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Bei der Urteilsverkündung wurde mitgeteilt, als straferschwärend sei in Betracht gezogen worden, daß die jüngsten Vorgänge in München gezeigt hätten, daß derartige Organisationen eine Gefahr für die staatliche Ordnung bedeuteten.

Kurze Nachrichten

Das Befinden des früheren Reichskanzlers Dr. Brüning hat sich erfreulicher Weise so gebessert, daß die unmittelbare Lebensgefahr als beseitigt gelten kann. Immerhin ist der Zustand Dr. Brüning noch sehr ernst.

Niekers 70. Geburtstag. Der frühere Vertreter Heidelbergs im Reichstag, Geh. Rat Dr. Jakob Nieker vollendete am Samstag sein 70. Lebensjahr. Geh. Rat Nieker ist bekanntlich der Gründer des Zentralverbandes des Deutschen Bankgewerbes und des Bankbundes. Er war lange Jahre Vorstandsmittelglied der Darmstädter Bank in Berlin und übte nach Ausscheiden aus diesem Institut eine Lehrtätigkeit für Handelsrecht an der Berliner Universität aus. Während des Krieges wurde Geh. Rat Nieker, der der nationalliberalen Partei angehörte, in Heidelberg als Nachfolger Obkirchers in den Reichstag gewählt.

Rom-Orientexpress Paris-Basel-Wien-Bukarest. Die europäische Jahrespiankonferenz in Nizza hat bezüglich der Führung des Orientexpresses Paris-Basel-Wien-Bukarest beschlossen, diesen Zug, der früher v. Paris über Straßburg, Neßl, Karlsruhe, Stuttgart usw. geleitet wurde, und der bisher nur provisorisch über die Schweiz verkehrte, nunmehr definitiv über die Schweiz und Arberg zu leiten. Der Zug Basel-Prag wird in dessen über Basel-Worzhelm-Stuttgart geleitet werden.

Englischer Kohlenkredit für die Reichsbahn. Der deutschen Reichsbahn ist es in schwierigen Verhandlungen in London in den letzten Tagen gelungen, zu den üblichen Bedingungen von führenden Bergwerkfirmen Englands einen Kredit von drei Millionen £ und Sterling zur Kohlenbeschaffung zu erhalten, den sie aber nur in Umfang ihres Bedarfs und Anspruchs zu nehmen braucht.

Keine Neubewilligung von Papiernotgeld. W.L.B. meldet: Mit dem Erscheinen der Rentenmark erreicht die Disinflation von Reichsschatzwechseln bei der Reichsbank durch das Reich, die bisher die Quelle der Inflation bildete, ihr Ende. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Bedingungen für kurzzeit noch laufende Bewilligungen zur Ausgabe von Papiermark-Notgeld wie folgt zu ändern. Die Beantragung des Gegenwerts des auszugebenen Notgeldes in dreimonatigen Reichsschatzabrechnungen kommt in Betracht und die Verzinsung des Guthabens durch die Reichsbankgesellschaft hört auf. Neubewilligungen zur Ausgabe von Papiermark-Notgeld werden im allgemeinen nicht mehr erteilt.

Badische Uebersicht

Staatspräsident Dr. h. c. Köhler

Wie der „Bad. Beobachter“ mitteilt, hat die medizinische Fakultät der Universität Heidelberg den Staatspräsidenten Köhler zum Ehrendoktor ernannt.

Die Wissenschaft der Medizin pflegt die Lehre vom kranken und gesunden Menschen. Ihr Ziel ist und muß sein: Der gesunde Mensch. Wer also im bürgerlichen Leben dafür sorgt, daß unser Volk wieder stark und gesund wird, oder wer sich an hervorragender Stelle um die Wissenschaft der Medizin und die Möglichkeiten ihrer Pflege besonders verdient macht, der darf sehr wohl zum Ehrendoktor ernannt werden. Dem badischen Staatspräsidenten Köhler ist diese Ehre zuteil geworden. Und wir glauben, daß sie wirklich verdient war.

Im Kriege wurde Ludendorff — soviel wir wissen, von der Königsberger Universität — zum Ehrendoktor der Medizin ernannt. Das war ein Akt, der die perverse Mentalität eines ganzen Systems kennzeichnet. Der große Menschenjäger, der General, der Laufende und Wertaufwende in den Tod sendet als Ehrendoktor der Fakultät, die im Dienste der Heilung der Menschen steht.

Der Vergleich zeigt, daß diesmal das Ehrendoktorat den Würdigeren traf!

Überspannte Goldpreise

Aus dem Ministerium des Innern wird geschrieben: In der Bevölkerung macht sich eine starke Erregung über die Festsetzung der Grundpreise im Warenverkehr geltend. Dieser Erregung kann eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Produzenten und Händler haben die Warenberechnung schon vorher auf Goldmark gestellt, ehe die Lohn- u. Gehaltsempfänger zu wertbeständigen Zahlungsmitteln kamen. Nun mit der Auszahlung wertbeständiger Zahlungsmittel sukzessive begonnen wird und die wertbeständige Mark in ein festes Verhältnis zur Rentenmark gebracht worden ist (600 Milliarden) zeigt sich auf der ganzen Linie eine starke Erhöhung der Warenpreise gegenüber den in Friedenszeiten maßgebend gewesenen Preisen. Der Friedenspreis für eine Ware kann allerdings allein nicht mehr als rechnerisch gelten, denn so wie in der ganzen Welt hat auch in Deutschland die Produktion heute mit ungleichzeitigen Faktoren zu rechnen, die eine Erhöhung der Produktionskosten im Besonderen. Das macht sich in der Bemessung der Warenpreise fühlbar. Wenn aber der Liter Milch in Vorkriegszeiten 25 bis 26 Pfennig gekostet hat, so ist jetzt eine Forderung von 35 und 40 Pfg. in höchstem Maße ungerechtfertigt. Für ein Paar Stiefel mit einer Auszeichnung von 12,50 M. in der Vorkriegszeit kann jetzt unmöglich ein Preis von 25 und 30 M. gefordert werden. Der Preis für Mehl und für Getreidearten z. B. steht auch wesentlich über den in Friedenszeiten maßgebend gewesenen Preisen.

Demgegenüber wird Produzent und Großhändler den Einwurf geltend zu machen versuchen, daß das Verhältnis der Papiermark und Rentenmarkkurve zueinander nicht auch eine Übereinstimmung zu hochpolarturischen Devisen herbeigeführt habe. Es mag sein, daß sich Abweichungen in kleinerem Umfang geltend machen. Es darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, wie sehr bei manchen Waren die Auslandspreise unter den Inlandspreisen liegen, insoweit sich der erforderliche Ausgleich von selbst einstellt.

Das Ministerium des Innern hat die Buchabteilung des Landespolizeiamts angewiesen, eine listenmäßige Zusammenstellung der Friedenspreise aufzustellen und zu diesen einen Aufschlag unter Berücksichtigung der allgemeinen Weltmarkierung zu berechnen, um so eine angemessene Grenze zu finden, auf welcher sich die Goldmarkpreise zu bewegen haben. Vom Handel und von den Fabrikanten erwartet das Ministerium eine verständnisvolle Mitarbeit, denn die Not des Volkes fordert gebieterisch, daß die Jagd nach Vermögenswerten energisch bekämpft wird. Es gibt Vorgesessenen, die kaum das nötige Brot haben, Kinder, die hungernd ins Bett geschickt werden müssen, alte Väter und Mütter, die hinter verschlossenen Türen erbärmlich zugrunde gehen. Das Volk ist in höchster Not, die Bekämpfung des Wuchers insoweit eine unabwendbare Pflicht.

Zu den Karlsruher Erwerbslosen-Demonstrationen

an Samstag schreibt der sozialdemokratische Karlsruher „Volkstribüne“:

„Die Erwerbslosendemonstrationen, die am Samstag hier in Karlsruhe sich abspielten, erfordern, daß offen und klar zu ihnen Stellung genommen wird. So sehr wir Verständnis für die seelische Verfassung der Erwerbslosen haben, so stark unser Mitgefühl mit ihrer Lage ist, die Demonstrationen am Samstag waren nicht in erster Linie Ausbrüche der Not, sie waren eine kommunistische Mache. Wer die Vorgänge aufmerksam beobachtet hat, weiß, daß es vorzugsweise das jugendliche Element war, das die Teilnehmer an der Demonstration und an dem Umzug bestritten hat, der an einzelnen Stellen der Stadt vertrieben worden ist. Die täglich gestellte Forderung auf eine einmalige Beihilfe von 3 bzw. 4 Millionen usw. ist finanziell für die Stadt einfach nicht tragbar. Das wissen die kommunistischen Drahtzieher auch. Sie wollen systematisch die Erregung der Erwerbslosen steigern, um politische Ziele erreichen zu können. Bei der Sitzung der Delegierten der Erwerbslosen aus einer Reihe badischer Städte beigewohnt hat, die vor etwa vier Wochen stattgefunden hat, der hat sofort den Faden in der Hand zu den Demonstrationen, die am Samstag in Karlsruhe stattgefunden haben. Die Erwerbslosen schädigen sich und die gesamte Arbeiterschaft in der verhängnisvollsten Weise, wenn sie kommunistischen Karolen folgen. Das Ende wird immer sein, daß eine Anzahl armer beruflicher Menschen körperlich zu Schaden kommen, daß Unheil erregt und die wirkliche Hilfeleistung gekindert wird. Wir haben mit großer Genugtuung am Samstag gesehen, daß die älteren erwerbslosen Arbeiter sich in nennenswerter Zahl nicht an der Demonstration und erst recht nicht an dem Umzug beteiligt haben. So bleibt es hoffentlich auch in Zukunft. Wer aber kommunistischen Karolen folgt, wer sich für die nach Berliner und Moskauer Diktat auszuführenden Aktionen mißbrauchen läßt, muß die Konsequenzen in den Kauf nehmen. Und die Menge der Gaffer, die durch ihre schändliche Anwesen-

heit dazu beitragen, die Anträge auf den Straßen zu erschüttern, dürfen sich nicht beklagen, wenn sie unliebsame Erfahrungen machen.

Die Polizei hat auch am Samstag erfreulicherweise ruhiges Blut bewahrt. Wir appellieren an die Führer wie an die Mannschaften der Polizei, auch in Zukunft ebenso ruhig und taktlos ihres gewöhnlich nicht leichten Amtes zu walten, wie es im allgemeinen am Samstag geschehen ist. Das gelegentliche energische Ausmaß werden muß, ist verständlich, wenn man, wie am Samstag, zusehen mußte, wie das jugendliche Element sich der Polizei gegenüber benahm. Und daß dann auch Unschuldige mit Opfer des Aufruhrs werden, ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. Mit unsinnigen und unerfüllbaren Forderungen, mit der kommunistischen Taktik, die Arbeiterschaft in Demonstrationen und Aktionen hineinzuführen, die schließlich immer mit der Niederlage der Betroffenen enden, wird der Not und dem Elend nicht abgeholfen.

Kommunistenverhaftungen

W.L.B. Freiburg i. Br., 17. Nov. Heute früh wurde in Wolfach im Kreisgebiet die kommunistische Landtagsabgeordnete Frieda Unger mit drei weiteren kommunistischen Führern verhaftet. Die Festgenommenen wurden sofort abtransportiert.

Das Verfahren gegen die Lörracher Demonstrationen

Die anlässlich der Lörracher Unruhen verhafteten Demonstranten werden sich, wie die „Bad. Presse“ meldet, voraussichtlich im nächsten Monat vor den Gerichten zu verantworten haben. Zuvor ist das Freiburger Landgericht; je nach der Eigenart ihres Vergehens werden die Verhafteten dem Schwurgericht oder der Strafkammer zur Aburteilung überwiesen werden. Man rechnet mit dem Abschluß der Untersuchung bis Ende November, so daß es möglich sein dürfte, mit den Verhandlungen in den ersten Dezembertagen zu beginnen.

In Freiburg ist ein eigenes Büro für einen Beamten des Leipziger Staatsgerichtshofes eingerichtet worden, um die Vorkaufprüfung gegen die verhafteten Kommunistenführer des badischen Oberlandes zu beschleunigen. Das gegen den Landtagsabgeordneten Unger und mehrere seiner Anhänger eingeleitete Verfahren bezieht sich auf Hochverrat.

Kommunale Rundschau

Inspektion der Bürgermeisterwahl in Weinheim. Die Sozialdemokratische Partei hat beim Bezirksrat den Antrag gestellt, die Wahl des 2. Bürgermeisters für ungültig zu erklären. Beim Zählen der Stimmzettel hatte sich herausgestellt, daß 73 Zettel vorhanden waren, während nur 72 Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben haben.

Keine städtischen Vorzugsplätze für das Mannheimer Nationaltheater. Der Mannheimer Stadtrat beschloß, dem Nationaltheater für das Spieljahr 1924/25 keinerlei Vorzugsplätze zu leisten und hiernach das Nationaltheater nur dann in städtischer Regie weiterzuführen, wenn nicht nur durch verbindliche Mietverträge auf entprechender Goldmarkgrundlage ein ausreichender Stamm von Besuchern sichergestellt ist, sondern auch durch Zeichnung von Garantiebeträgen die Bevölkerung dafür einstellt, daß ein etwaiger unzureichender Besuch der mit freien Plätzen und der mit freien Vorstellungen nicht die Stadtkasse belastet.

Freiburger Straßenbahn nach dem Goldvervielfacher. Der Gemeinderat beschloß in Freiburg i. Br. heute, die Bahn, die heute in der Technik der Hochspannungstrasse 1923 von Herrn Dr. Ing. A. Eichenlofer. In Hand schöner Lichtbilder wird der Vortragsende die Veruche über den motorischen Flug, die in diesem Jahre in der Höhe hauptsächlich von Studenten durchgeführt wurden, erklären und auch auf die im Auslande gezeigten Erfolge eingehen.

Grundpreise für Einheitsbrot. Wie die Bäderinnung mitteilt, betragen die Preise für ein 700 Gramm Einheitsbrot 82,5 Pfg., für ein 1400 Gramm Einheitsbrot 65 Pfg.; das sind bei dem gegenwärtigen Dollarkurs 196 bzw. 300 Milliarden.

Der amtliche Dollarkurs von heute Montag beträgt unbeeinträchtigt 2513,700 Milliarden.

Aus der Landeshauptstadt

Vortrag über Seeflugzeuge. Wir verweisen nochmals auf den heute in der Technischen Hochschule stattfindenden Vortrag über „Die Deutschen Seeflugzeuge 1923“ von Herrn Dr. Ing. A. Eichenlofer. In Hand schöner Lichtbilder wird der Vortragende die Veruche über den motorischen Flug, die in diesem Jahre in der Höhe hauptsächlich von Studenten durchgeführt wurden, erklären und auch auf die im Auslande gezeigten Erfolge eingehen.

Grundpreise für Einheitsbrot. Wie die Bäderinnung mitteilt, betragen die Preise für ein 700 Gramm Einheitsbrot 82,5 Pfg., für ein 1400 Gramm Einheitsbrot 65 Pfg.; das sind bei dem gegenwärtigen Dollarkurs 196 bzw. 300 Milliarden.

Der amtliche Dollarkurs von heute Montag beträgt unbeeinträchtigt 2513,700 Milliarden.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Nr. 74 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung; des Staatsministeriums; Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters; Gesetz über die Bereinfachung der Staatsverwaltung; Bekanntmachungen und Verordnungen; des Finanzministers; Dienstverpflichtungen; des Ministers des Innern; der Geschäftsbetrieb in den Apotheken; Verpflegungssätze für Kranke im Landesjubiläum-Dürckheim.

DZ. Aus dem Kreise Konstanz, 18. Nov. Die neue Landbrücke in Singen, die die Leinizung Scheffelbrücke trägt, wird voraussichtlich am 8. Dezember dem Verkehr übergeben.

Stuttgart, 19. Nov. Das schwere Eisenbahnunfall bei Cannstatt hat jetzt noch weitere Opfer gefordert. Die Zahl der Todesopfer ist damit auf 12 gestiegen. Das Befinden der übrigen Verletzten ist befriedigend.

Staatsanzeiger.

Die Zugveränderungen

Züge 902, Niederschöpfung ab 8.09 vormittags, Freiburg an 9.37 vormittags und 1454/55, Lahr-Stadt ab 8.10 vormittags, Lahr-Dinglingen an 8.18 vormittags; Lahr-Dinglingen ab 8.27 vormittags, Lahr-Stadt an 8.35 vormittags werden beibehalten. Zug 8206, Lahr-Dinglingen ab 7.12 vormittags, Freiburg an 8.46 vormittags verkehrt nur werktags. Ausgeschlossen ist der Vorzug C 386, Freiburg ab 11.40 vormittags, Neuhof an 1.19 nachmittags und Nachzug C 387, Hintergarten ab 3.06 nachmittags, Freiburg an 3.49 nachmittags. Ab 20. November fallen aus: Elzab 384, Basel Bad. ab 6.35 vormittags, Freiburg an 7.43 vormittags und Elzab 385, Freiburg ab 9.36 nachmittags, Basel Bad. an 10.37 nachmittags. Zug 1504 verkehrt wieder im früheren Fahrplan, Elzab ab 6.02 vormittags, Freiburg an 7.19 vormittags.

